

Tiermastpläne sind planerisch kaum zu stoppen

Von Jörg Abels | 04.06.2010, 15:55

Kreis Düren. Kommunen, die nach den jüngsten Bauvorhaben in Thum (Schweinezucht) und Müddersheim (Hähnchenmast) ihrerseits Vorkehrungen gegen die gesetzlich privilegierte Ansiedlung industrieller Massentierhaltung treffen wollen, müssen auf ihrem Gebiet sogenannte Vorratsflächen ausweisen.

Eine andere Möglichkeit der Steuerung haben sie nicht, so lange das Baugesetzbuch nicht geändert wird, unterstrich der Kreuzauer Bauamtsleiter Siegfried Schmöhl in seiner Funktion als Vorsitzender des nach dem Symposium zur Massentierhaltung im Mai 2009 ins Leben gerufenen Arbeitskreises «Steuerung von Intensivtierhaltung durch Planung» im Kreisausschuss.

Aber, und das machte er auch deutlich, die Ausweisung spezieller Flächen hat gleich mehrere Haken. Zum einen müsse der Flächennutzungsplan (FLP) geändert werden, verbunden mit immensen Kosten. Für eine Gemeinde wie Kreuzau rechnet Schmöhl mit etwa 50.000 Euro.

Zum anderen könnten ausgewiesene Vorratsflächen Investoren - auch aus dem Ausland - erst recht anlocken, weil sie Planungskosten sparen. Und Schmöhl ist sich sicher: Wenn erst einmal Flächen zur Ansiedlung von Massentierhaltung ausgewiesen sind, müssten die Kommunen auch mit Bürgerinitiativen rechnen, die sich gegen solche Vorhaben zur Wehr setzen.

Sein Fazit: «Jede Kommune muss für sich entscheiden, ob sie nach den Erfahrungen aus Thum und Müddersheim handeln will oder nicht.» Dieser Entscheidungsprozess steht in den Kommunen aber erst am Anfang.

Mindestens ebenso wichtig bei der Bekämpfung industrieller Massentierhaltung, betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl Schavier, sei ein geändertes Verbraucherverhalten. «Wir brauchen eine Bewusstseinsänderung beim Verbraucher, nicht immer nur das günstigste Produkt in den Auslagen der Discounter zu suchen.»

Nur ein Bruchteil der Bürger greift bislang auf lokale Tierprodukte zurück. Die Selbstversorgungsquote des Kreises liegt bei nur rund fünf Prozent.

«Regionalmarke Eifel»

Unter anderem mit diesem Thema hat sich der Arbeitskreis «Tierschutz, Ethik, Wirtschaftlichkeit» befasst. Da der Aufbau eines eigenen Qualitätslabels für artgerecht produzierte Produkte aus dem Kreis Düren viel zu kostspielig wäre, sieht der Arbeitskreis unter dem Dach der bereits bestehenden «Regionalmarke Eifel» eine Chance, beim Verbraucher ein Bewusstsein für artgerecht produzierte regionale Waren zu wecken, erklärte Franz-Josef

Heinrichs.

Bislang gehören jedoch nur die fünf südlichen Kreiskommunen zum Gebiet der Regionalmarke. Heinrichs berichtete aber von positiven Signalen der in Prüm ansässigen GmbH, ihr Gebiet auf den gesamten Kreis Düren auszudehnen. Eine Entscheidung wird in Kürze erwartet.

www.az-web.de/sixcms/detail.php?template=az_detail&id=1310432